

Einleitung

Die Rede von Krisen begleitet den europäischen Integrationsprozess seit seinen Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die enge Verknüpfung des Integrationsprozesses mit dem Krisenbegriff prägt sowohl die Wahrnehmung von Problemen der jeweiligen Gegenwart als auch Analysen der Vergangenheit, indem sie einen Deutungszusammenhang herstellt und einen Erklärungsansatz für politischen Wandel und für spezifische Integrationsdynamiken liefert. Auch in jüngster Zeit weisen die multiple Krise der Europäischen Union seit 2008/09 sowie die europäische Solidaritätskrise in Folge der Corona-Pandemie 2020 und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zwar spezifische und neuartige Charakteristika auf, legen jedoch auch altbekannte Deutungsmuster und Krisennarrative offen. Eine der Gemeinsamkeiten in vielen Darstellungen und Analysen ist das Verständnis von Krisen als immanenter Teil des Integrationsprozesses. In diesem Zusammenhang können Krisen sowohl Bedrohung des bisher Erreichten als auch Chance für die Weiterentwicklung oder aber den Rückbau des Integrationsprozesses sein. Dieser Zusammenhang wird von unterschiedlichen Akteuren als Argumentationsgrundlage für konkrete Handlungsimplikationen beziehungsweise vermeintliche Handlungsimperative genutzt. Auch Integrationsgeschichte ist dementsprechend oftmals Krisengeschichte, ohne dass dabei regelmäßig eine kritische, differenzierte Auseinandersetzung mit diesem unterstellten Zusammenhang und eine Konzeptualisierung des Krisenbegriffs stattfindet.

Vor allem mit Blick auf die multiple Krise der EU seit 2008/2009 wird dabei häufig die strukturelle Ähnlichkeit zu den krisenhaften 1970er Jahren hervorgehoben.¹ Eine Aneinanderreihung multipler Krisen – Energie-, Wirtschafts-, Währungs-, eine soziale und eine institutionelle Krise – sowie eine zunehmende Krisenwahrnehmung machen eine Auseinandersetzung mit den Krisendiskursen dieses Jahrzehnts besonders interessant. Dies gilt auch, weil die Krisen der „langen 1970er Jahre“ im Gegensatz zu den bereits stärker erforschten und klarer abgrenzbaren Krisen

¹ Vgl. Hartmut Kaelble: Eine beispiellose Krise? Die Krise der europäischen Integration seit 2010 im historischen Vergleich, in: Martin Heidenreich (Hrsg.): Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven, Wiesbaden 2014, S. 31–51.

der 1950er und 1960er Jahren weitaus mehr Bereiche umfassten und sich über einen längeren Zeitraum erstreckten.

Generell wird Krisen über den Kontext der europäischen Integration hinaus in der Wissenschaft und Politik ein enormer Einfluss auf gesellschaftlichen und politischen Wandel attestiert.² Aus begriffsgeschichtlicher Perspektive beschreibt Reinhart Koselleck die enge Verknüpfung des Verständnisses der „westlichen Moderne“ mit dem Krisenbegriff. Seit der sogenannten „Sattelzeit“ im 18. und 19. Jahrhundert fungiere dieser als politisches und analytisches Hilfsmittel, um die Moderne als Zustand ständigen Wandels zu beschreiben und zu legitimieren.³ Aus analytischer Perspektive stellt Rudolf Vierhaus fest, dass der Krisenbegriff HistorikerInnen die Möglichkeit bietet, Geschehnisse im Nachhinein zu strukturieren, indem er Krisen als einen Prozess mit Auslöser, Höhepunkt und Ende definiert.⁴ Der Begriff erfüllt demnach sowohl im politischen als auch im wissenschaftlichen Kontext eine Ordnungsfunktion. „Krise“ bezeichnet nach diesen Definitionen einerseits einen Scheitelpunkt mit offenem Ausgang, aber andererseits auch den Prozess, der zu dieser Krise geführt hat. Die Krisenerzählung ist bis heute zu „einer der beliebtesten Meistererzählungen westlicher Geschichtsschreibung“⁵ geworden. So beschreibt unter anderem Eric Hobsbawm 1994 in seiner globalgeschichtlichen Synthese „Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ das „kurze 20. Jahrhundert“ nach 1945 und vor allem ab den 1970er Jahren als geprägt von extremen Ausschlägen beziehungsweise eben Krisen.⁶ Aber auch auf andere Epochen wird der Krisenbegriff als strukturierendes Deutungsmuster angewandt (*siehe* Erster Teil, Kapitel 1).⁷

Obwohl bereits früh von Koselleck vorgegeben, gibt es ausgehend von seinen begriffsgeschichtlichen Arbeiten⁸ erst in den letzten Jahren multidisziplinäre Ansätze

2 So zum Beispiel bei Anselm Döring-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, und in jüngerer Zeit Julia Lux: Krisendiskurse und kapitalistische Entwicklungspfade. Arbeits- und sozialpolitische Projekte in Deutschland und Frankreich, Wiesbaden 2016.

3 Reinhart Koselleck: Krise, in: Otto Brunner et al.: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 617–650.

4 Rudolf Vierhaus hebt in seiner Arbeit jedoch hervor, dass Krisen neben der Krisenwahrnehmung auch einen „objektiven Charakter“ aufweisen müssen. Vgl. hierzu Rudolf Vierhaus: Krisen, in: Stefan Jordan (Hrsg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart 2002, 193–197.

5 Daniel Heidinger: Einführung, in: Thomas Mergel (Hrsg.): Krisen verstehen, Frankfurt a. M. 2012, S. 147–150.

6 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995.

7 So zum Beispiel das 19. Jahrhundert bei Jürgen Osterhammel: Europa in der atlantischen Welt. Zeitstadien einer Krise, Wien 2004. Auch die Diskussionen um die „Krise der Weimarer Republik“ spiegeln dieses Deutungsmuster wider. Siehe hierzu Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt a. M./New York 2005.

8 Reinhart Koselleck: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache, Frankfurt a. M. 2006; Reinhart Koselleck: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 1973; Koselleck, Krise, S. 617–650.

der Krisenforschung, die einerseits versuchen, den Krisenbegriff als analytisches Instrument zu schärfen oder andererseits die diskursive Dimension von Krisen betonen (siehe Erster Teil, Kapitel 1).⁹ Ergänzt werden diese Arbeiten mittlerweile vereinzelt durch empirische Studien. So analysiert zum Beispiel Kristoffer Klammer in seiner 2019 erschienenen Dissertation historisch vergleichend Krisendiskurse in Deutschland entlang verschiedener Fallstudien. Er begreift Krisen als diskursive Ereignisse und fokussiert in seiner historisch-semantischen Diskursanalyse auf die politische Kommunikation im deutschsprachigen Raum, um zu zeigen, wie spezifisch Wirtschaftskrisen diskursiv ausgehandelt wurden.¹⁰

Die Geschichte der europäischen Integration als Krisengeschichte knüpft an das Verständnis von Wandel durch und in Krisen an. Krisen kommt in dieser Perspektive oftmals die Rolle des Motors der Integration beziehungsweise eines Katalysators für einzelne Integrationsschritte zu, dient aber auch als mögliche Erklärung von Desintegrationstendenzen und Bedrohungslagen der EU.¹¹ Die Erfahrung der beiden Weltkriege wird dementsprechend oftmals als notwendige Krisenerfahrung verstanden, die frühe Integrationsbemühungen überhaupt erst ermöglicht hat.

Diese Verknüpfung wird in diversen historiographischen Arbeiten deutlich, die in Kapitel 1.2 des *Ersten Teils* näher betrachtet werden. Zu nennen sind hier beispielsweise der Sammelband von Romain Kirt „Die Europäische Union und ihre Krisen“¹², in dem hauptsächlich die konstruktive, transformative Kraft von Krisen hervorgehoben wird, oder auch der Band von Wilfried Loth „Crises and Compromises. The European Project 1963–1969“, in dem es explizit um die Krisen der 1960er und deren konstruktive Überwindung geht. Die Argumentation und Erzählstruktur entlang als Krisen gewerteter neuralgischer Punkte, die sowohl als existentielle Bedrohung aber auch als notwendige Bedingung zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft interpretiert werden, finden sich in Arbeiten anderer Fachrichtungen, vor allem der Sozial- und Politikwissenschaften, wieder.¹³ So erschien im Frühjahr 2021 „The Pal-

⁹ Jüngst: Frank Bösch/Nicole Deitelhoff/Stefan Kroll (Hrsg.): Handbuch Krisenforschung, Wiesbaden 2020, und mit Blick auf Krisen der EU: Marianne Riddervold/Jarle Trondal/Akasemi Newsome (Hrsg.): The Palgrave Handbook of EU Crises, Cham 2021.

¹⁰ Kristoffer Klammer: Wirtschaftskrisen. Effekt und Faktor politischer Kommunikation. Deutschland, 1929–1976, Göttingen 2019.

¹¹ U. a. bei Wilfried Loth: Crises and Compromises: The European Project 1963–1969, Baden-Baden/Brüssel 2001; Romain Kirt (Hrsg.): Die Europäische Union und ihre Krisen, Baden-Baden 2001; Philip Bajon: Europapolitik „am Abgrund“: Die Krise des leeren Stuhls 1965–66, Wiesbaden 2012; Desmond Dinan (Hrsg.): Origins and Evolution of the European Union, Oxford 2006; Piers Ludlow: The European Community and the Crises of the 1960s: negotiating the Gaullist Challenge, London 2006.

¹² Loth, Crises and Compromises, 2001.

¹³ Als Beispiele seien hier genannt: Brigid Laffan: Europe's Union in Crisis: testes and contested, in: West European Politics, 5 (2016); Frank Schimmelfennig: European Integration (Theory) in Times of Crisis. A Comparison of the Euro and Schengen Crises, in: Journal of European Public Policy, 7 (2018), S. 969–989. Über den jeweiligen Einzelfall hinaus tragen diese Beiträge jedoch wenig zum Verständnis der generellen Bedeutung von Krisen für den Integrationsprozess bei.

grave Handbook of EU Crisis“, das aus unterschiedlichen Perspektiven einen „comprehensive, systematic, and comparative account of the EU’s institutional and policy responses to crisis“ und gleichzeitig „a comprehensive, systematic, and comparative account of European (dis)integration“ anbieten möchte.¹⁴

Der etablierte Standardkanon europäischer Integrationskrisen umfasst dabei nach Hartmut Kaelble: die Krise der 1940er Jahre, die in die Gründung der EGKS mündete; das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954¹⁵; die ‚Politik des leeren Stuhls‘, die Frankreich von Juli 1964 bis Januar 1965 verfolgte¹⁶; die multiplen Krisen der 1970er Jahre (Ölkrise, Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods); die Krise ausgelöst durch die deutsche Wiedervereinigung und die jugoslawischen Zerfallskriege in den 1990er Jahren; die Verfassungskrise von 2005; die multiplen Krisen seit 2008/2009.¹⁷ Diese Ereignisse werden zumeist als Scheitelpunkte gedeutet, an denen das Integrationsprojekt hätte scheitern können, die am Ende jedoch überwunden werden konnten und zu einer Weiterentwicklung der Gemeinschaft – zunächst unabhängig von normativen integrationspolitischen Vorstellungen – geführt haben. Diese Wahrnehmung ist nicht nur in wissenschaftlichen Darstellungen ersichtlich, sondern prägte auch das Verständnis von Akteuren zum jeweiligen Zeitpunkt. Daher ist es umso erstaunlicher, dass die in den letzten Jahren auch in der Integrationsforschung disziplinübergreifend eingesetzte Diskussion über Krisenkonzepte, Krisenwahrnehmung und -deutungen noch am Anfang steht¹⁸ und oftmals beim Narrativ der „produktiven Krise“ als einer „driving force“¹⁹ des Integrationsprozesses verharret (siehe Erster Teil Kapitel 1.2).

Neben fehlenden Krisenkonzepten zur Analyse historischer und aktueller Prozesse liegen zudem kaum geschichtswissenschaftliche empirische Studien vor (oder aus angrenzenden Disziplinen), die sich mit dem Einfluss von Krisen auf den Integrationsprozess sowie mit Krisenwahrnehmungen und -diskursen beschäftigen. Die Untersuchung von Krisenwahrnehmungen und -deutungen der jeweiligen zeit-

14 Riddervold et al. (Hrsg.), Handbook of EU Crises, S. 22.

15 Vgl. u. a. Arnd Herrmann: Kriseninstrument WEU. Die Westeuropäischen Union (WEU) in der EG-Erweiterungskrise 1963–1970, Stuttgart 2015.

16 Vgl. u. a. Bajon, Europapolitik „am Abgrund“, 2012.

17 Vgl. Hartmut Kaelble: Spirale nach unten oder produktive Krise? Zur Geschichte politischer Entscheidungskrisen der europäischen Integration, in: integration, 36 (2013), S. 171.

18 Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Ansätzen multidisziplinärer Krisenforschung findet sich im Ersten Teil, Kapitel 1 dieser Arbeit.

19 Diesen Begriff verwendet Wilfried Loth, um vier Antriebskräfte europäischer Integration zu beschreiben. Die Krisenerfahrung der 1940er erscheint hier als notwendige Bedingung für die europäische Integration. Vgl. Wilfried Loth: Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der europäischen Integration, in: Wilfried Loth/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Theorien europäischer Integration, Opladen 2001, S. 96–97.

genössischen Akteure ist jedoch Grundvoraussetzung für die Auseinandersetzung mit der Rolle von Krisen für den Integrationsprozess. Grundlegend ist dabei die Frage, was von Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen zeitlichen Kontexten überhaupt als Krise gedeutet wurde, welche Krisenkonzepte und -begriffe dem zugrunde lagen und wie Krisen diskursiv verhandelt wurden.²⁰ In diesem Zusammenhang weisen Rüdiger Graf und Konrad Jarausch darauf hin, dass es nicht Aufgabe historiographischer Aufarbeitung sei „to turn contemporary diagnosis [of crisis] into narratives“, sondern eine vergleichende Analyse der Krisendiskurse der jeweils betrachteten Zeiträume vorzunehmen und „to analyze which historical actors defined crises in which ways with the aim of achieving which goals“.²¹

Diesem Ansatz folgend, soll in dieser Arbeit *erstens* nach den Ursprüngen und der Entwicklung von Krisenwahrnehmungen und -deutungen in einem bestimmten Zeitraum und *zweitens* auch nach den Motiven und Zielen von Akteuren gefragt werden, die Teil des Diskurses waren. Hauptaugenmerk liegt dementsprechend auf der diskursiven Dimension von Krisen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Folgen der jeweiligen „Krise“ und auf das diskutierte Krisenmanagement eingegangen, nicht jedoch (oder nur im untergeordneten Maße) auf die konkreten resultierenden Integrationsschritte. Die Frage nach Krisendeutungen und -narrativen in einem bestimmten Zeitraum ist jedoch grundlegende Voraussetzung, um zu verstehen, warum spezifische Politiken und Strategien gewählt wurden. So stellt Mai'a K. Davis Cross fest, dass „examining the causes [of crises] helps to explain why the EU typically responds to crises either with continuity [...] or deepening integration“.²²

Ohne eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist eine Bewertung des Narrativs der produktiven Krise in der Integrationsgeschichte, das Krisen als Motor der Integration begreift, kaum möglich. Eine differenzierte Untersuchung der Krisenwahrnehmungen liefert Anhaltspunkte, um aus Sicht der jeweiligen Akteure dieses Narrativ zu prüfen. Ein „reflexives Krisenverständnis“²³, das danach fragt wie Akteure historisch Krisen gedeutet haben, kann außerdem dabei helfen, aktuelle und zukünftige Krisendiskurse, Krisenrhetorik und -reaktionen einzuordnen, auch mit Blick auf eine oftmals unterstellte Einzigartigkeit einer bestimmten als Krise gedeuteten Situation.²⁴ Dies scheint umso wichtiger, da diese Deutungsmus-

20 Vgl. Rüdiger Graf/Konrad H. Jarausch: „Crisis“ in Contemporary History and Historiography, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 27.03.2017, https://docupedia.de/zg/Graf_jarausch_crisis_en_2017, zuletzt 16. Juli 2024; Kaelble, Eine beispiellose Krise, S. 31–51.

21 Graf/Jarausch, Crisis, S. 16.

22 Mai'a K. Davis Cross: Social Constructivism, in: Riddervold et al.: Handbook of EU Crises, S. 195–209, hier S. 208.

23 Bösch et al., Handbuch Krisenforschung, S. 5.

24 Mit der immer wieder unterstellten Einzigartigkeit von Krisen der europäischen Integration hat sich jüngst auch N. Piers Ludlow in einem Debattenbeitrag für das H_Soz-Kult-Forum beschäftigt. Auch die durch Covid-19 ausgelöste europäische Krise werde immer wieder mit dem Label der Einzig-

ter auch auf die Wahrnehmung aktueller Krisen der Europäischen Union übertragen werden, wie in der sogenannten „Polykrise“ oder der Corona-Krise (2020) deutlich wird. Da davon auszugehen ist, dass Krisen beziehungsweise Krisendeutungen auch in Zukunft eine bedeutende Rolle im europäischen Integrationsprozess spielen werden, ist eine vertiefte empirische Auseinandersetzung mit deren Ursachen und Ausgangspunkten ein notwendiger erster Forschungsschritt. Erkenntnisse aus der Analyse können dabei helfen, aktuelle Debatten einzuordnen, Deutungsmuster zu dekonstruieren und somit zu ihrer Versachlichung beizutragen. Durch die vertiefende Untersuchung der Krisenwahrnehmungen bzw. -diskurse soll diese Arbeit dazu beitragen, die Bedeutung von Krisen in der europäischen Integrationsgeschichte auf breiter empirischer Grundlage zu bestimmen. Im Fokus dieser Arbeit stehen dabei die Plenardebatten im Europäischen Parlament in den europäischen langen 1970er Jahren.

Betrachtungszeitraum und Betrachtungsebene

In der Wissenschaft erlebte der Krisenbegriff in den 1970er Jahren eine Renaissance und Bedeutungserweiterung, was sich in zeitgenössischen Krisentheorien von Jürgen Habermas, Claus Offe oder Samuel P. Huntington widerspiegelt (siehe Erster Teil, Kapitel 2.1). Unter den Begriffen „Unregierbarkeit“²⁵ und „Spätkapitalismus“²⁶ diskutierten zwei unterschiedliche Lager eine diagnostizierte „Krise der Demokratie“. Unabhängig von der jeweiligen Problemanalyse und den damit verbundenen Handlungsempfehlungen wurden hier eine zunehmende Krisenwahrnehmung und pessimistische Gegenwarts- sowie Zukunftsdeutungen sichtbar, die sich auch in anderen wissenschaftlichen Beiträgen, wie zum Beispiel im Bericht des *Club of Rome*, wiederfinden lassen. Ausgehend von diesen Berichten und Arbeiten wurden der (vermeintliche) Zukunftsoptimismus der Nachkriegsjahre²⁷, das Wachstumsparadigma, aber auch Grundannahmen des Keynesianismus zunehmend in Frage gestellt. Die zunächst wissenschaftlich geprägten Gegenwartsanalysen und Krisen-

artigkeit versehen und die Zukunftsfähigkeit der EU in Frage gestellt. Ludlow plädiert für eine Versachlichung und „a distinct dialling down of rhetoric around Europe's future“. Auch hierfür ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Ursprüngen von Krisenwahrnehmungen und -deutungen notwendig. Vgl. Ders.: Europe and the rhetoric of crisis, in: H-Soz-Kult, 19.06.2020, www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-5010, zuletzt 16. Juli 2024.

²⁵ Michael J. Crozier/Samuel Huntington/Joji Watanuku: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York 1975.

²⁶ Vgl. Jürgen Habermas: Legitimitätsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a.M. 1973; Claus Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie, Frankfurt a.M. 1972.

²⁷ In den letzten Jahren wurde die Erzählung des Zukunfts- bzw. Wachstumsoptimismus der 1950er und 1960er Jahre besonders aus sozialhistorischer Perspektive in Frage gestellt und relativiert.

diskurse beeinflussten auch politische und gesellschaftliche Diskurse, was sich unter anderem in den zunehmend politisierten Öffentlichkeiten Westeuropas widerspiegelt. Dementsprechend ist zu vermuten, dass der Krisenbegriff im Betrachtungszeitraum als Deutungs- und Wahrnehmungsmuster auch im politischen Kontext an Bedeutung gewann und eng mit der Vorstellung von politischem, ökonomischem und sozialem Wandel verknüpft wurde. In diesen Debatten angelegte Krisenbegriffe und -deutungen finden sich auch in aktuellen geschichtswissenschaftlichen Synthesen der 1970er wieder.

Nachdem die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit den 1970er Jahren – zunächst ohne spezifischen Integrationsfokus – seit den frühen 2000er Jahren stattgefunden hat, entspinnt sich in den letzten Jahren eine Debatte über die Bewertung dieses Jahrzehnts. Noch stärker als Lutz Raphael und Anselm Döring-Manteuffel, die das Jahrzehnt abstrakt als „Zeit nach dem Boom“ bezeichnen²⁸, macht Konrad Jarausch deutlich, dass eine eindeutige Charakterisierung des Jahrzehnts nicht möglich sei.²⁹ Trotz der oftmals unterstellten Ambivalenz dieser Zeit finden sich in vielen Synthesen Aufzählungen von krisenhaften Charakteristika der 1970er auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. So wird zum Beispiel auf die zunehmende Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängenden neuen sozialen Probleme in Westeuropa, den Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods ab 1971 mit folgenden internationalen Wirtschafts- und Währungskrisen, die Ölpreiskrisen 1973 und 1979 und auf einen generellen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel verwiesen. Diese Ereignisse und damit verbundenen Umbrüche und Strukturbrüche werden in der Forschung oftmals als krisenhaft beschrieben, wobei gleichzeitig jedoch mit Blick auf den gesellschaftlichen Wertewandel und die zunehmende Politisierung der Öffentlichkeiten von einer gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung gesprochen wird. Viele dieser Charakteristika und Ambivalenzen lassen sich in integrationshistorischen Arbeiten zum Jahrzehnt wiederfinden, wobei diese bis heute im Vergleich zu Arbeiten mit anderem Fokus weitaus seltener sind.

Auch in Bezug auf die historische Forschung zu Europa werden die 1970er Jahre als ambivalent wahrgenommen. Die Charakterisierungen des Jahrzehnts changieren im Spannungsfeld „Krise – Konsolidierung – Aufbruch“ (siehe Erster Teil, Kapitel 3). Nach politischen Blockaden in den 1960er Jahren (u. a. die „Politik des leeren Stuhls“ Frankreichs) schienen 1969 mit dem Gipfel von Den Haag Durchbrüche in verschiedenen Bereichen gelungen zu sein, unter anderem in Bezug auf die Norderweiterung (Dänemark, Großbritannien, Irland und (Norwegen)), die Wirtschafts- und Währungsunion („Werner-Plan“) sowie in der Außenpolitik (Etablierung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)). Obwohl der

28 Raphael/Döring-Manteuffel, *Nach dem Boom*, 2008.

29 Konrad Jarausch: *Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er Jahre*, in: *Zeit-historische Forschungen*, 3 (2006), S. 334–341.

„Geist von Den Haag“³⁰ sowohl von politischen Akteuren der Zeit als auch in der wissenschaftlichen Ex-Post-Analyse oftmals als Wiederbelebung der Integrationsdynamik gewertet wurde und wird, bleiben die Bewertungen des folgenden Jahrzehnts uneinig. So spricht beispielsweise Hartmut Kaelble mit Blick auf die EG von einem Jahrzehnt, das durch schwere Krisen gekennzeichnet war (Entscheidungsblockaden, Interessenskonflikte, Krisenwahrnehmung, wirtschaftliche Probleme) und Ähnlichkeiten mit der multiplen Krise der EU seit 2008/09 aufzeigte.³¹ In ihrem Lehrbuch „Geschichte der europäischen Integration“ weisen auch die AutorInnen Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille darauf hin, dass „die 1970er Jahre zumeist als ein von Stagnation im europäischen Integrationsprozess geprägtes Jahrzehnt gesehen“³² werden. Die AutorInnen hingegen argumentieren, dass es zwar nicht zu substantiellen vertraglichen Veränderungen gekommen sei, aber dennoch eine Konsolidierung bestehender und auch Etablierung neuer Strukturen (ER und EPZ) stattgefunden habe.³³ Demnach sind die 1970er Jahre mehr als eine „transitional decade“³⁴ oder gar die „dark ages“³⁵ der Integrationsgeschichte (*siehe* Erster Teil, Kapitel 3.3). Erst durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1986, die die Gründungsverträge rudimentär reformierte, wurden sowohl bestehende Strukturen als auch Neuerungen der 1970er Jahre vertraglich verankert. Insofern stellt die EEA den Endpunkt der als „Eurosklrose“ bezeichneten Zeit – und damit auch der „langen 1970er Jahre“ – dar, da sie eine neue Phase der Reformdebatten hin zum Vertrag von Maastricht einleitete, auch wenn die umgesetzten Neuerungen von verschiedenen Akteuren unterschiedlich gewertet wurden.

Zusammenfassend lassen sich mehrere Gründe benennen, warum die 1970er Jahre für die Analyse von Krisendiskursen in dieser Dissertation besondere Relevanz haben. So schließen sie *erstens* an einen vermeintlichen Neustart des Integrationsprozesses nach den Krisen der 1960er Jahre an: den Haager Gipfel. Sie sind zudem, *zweitens*, ihrerseits geprägt von einer Aneinanderreihung von in der Wissenschaft als solchen wahrgenommenen internen und externen Krisen der Europäischen Gemeinschaft. *Drittens* wurden die zunehmenden Krisenwahrnehmungen begleitet

30 Der Begriff des „Geistes von Den Haag“ bezieht sich auf das Schlußkommuniqué der Konferenz (2. Dezember 1969), in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, 1/1970, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, S. 12–17.

31 Einen solchen historischen Vergleich liefert Hartmut Kaelble entlang eines Kriterienkatalogs zur Typologisierung von Krisen im Integrationsprozess. Im Rahmen dieser Arbeit soll ein solcher Vergleich nicht stattfinden. Vgl. Kaelble, *Beispiellose Krise*, 2014.

32 Gabriele Clemens/Alexander Reinfeldt/Gerhard Wille: *Geschichte der europäischen Integration*. Ein Lehrbuch, Paderborn 2008, S. 182.

33 Ebd., S. 182.

34 Richard T. Griffiths: *A Dismal Decade? European Integration in the 1970s*, in: Desmond Dinan (Hrsg.): *Origins and Evolution of the European Union*, Oxford 2006, S. 169–190.

35 Stanley Hoffmann/Robert O. Keohane (Hrsg.): *The New European community: decisionmaking and institutional change*, Boulder 1991, S. 8.

von institutionellen Veränderungen und Diskussionen über zukünftige Integrationsmodi. Die Ambivalenz der Bewertungen des Jahrzehnts aus integrationshistorischer Perspektive legen, *viertens*, eine empirische Überprüfung der Wahrnehmungen zeitgenössischer Akteure in diesem Zeitraum nahe.

Sowohl mit Blick auf die integrationspolitischen Entwicklungen der 1970er Jahre als auch die darauf bezogenen Krisendiskurse bietet sich eine Untersuchung des Europäischen Parlaments aus mehreren Gründen. *Erstens* ist zu vermuten, dass in den Diskursen des supranationalen Parlaments die europäische Dimension diskutierter Krisen besonders im Vordergrund steht. *Zweitens* lässt sich außerdem in den Debatten nicht nur ein europäischer Krisendiskurs analysieren, sondern es existieren auch Verweise auf und Verknüpfungen mit nationalen Krisendiskursen der Mitgliedstaaten. Zwar ist in der Forschung umstritten, inwieweit politische Akteure Krisenwahrnehmungen prägen oder lediglich Krisendeutungen der Medien, der Öffentlichkeit oder anderer epistemischer Gruppen widerspiegeln³⁶, unbestritten werden diese Krisendiskurse jedoch im Europäischen Parlament sichtbar. *Drittens* macht die Struktur des EPs eine Auswertung nicht nur in den Kategorien „europäisch/national“, sondern auch entlang des breiten parteipolitischen Spektrums möglich, zunehmend auch unter Einbeziehung europaskeptischer Positionen. Da sowohl die Kommission als auch der Ministerrat regelmäßig an den Aussprachen und Fragestunden des EPs teilnahmen, bieten sich die Plenarprotokolle *viertens* auch an, um das interinstitutionelle Verhältnis in den Krisendiskursen zu untersuchen.

Trotz seiner zunehmenden Bedeutung im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses seit den 1970er Jahren stand das Europäische Parlament, das seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952 als „Gemeinsame Versammlung“ und mit dem Römischen Verträgen als „Parlamentarische Versammlung“ existierte, bisher eher wenig im Fokus geschichtswissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Mit Verweis auf die erste Direktwahl wird zudem vornehmlich über die parlamentarische Entwicklung nach 1979 eingegangen.³⁷ Aus den oben

³⁶ Vgl. u. a. Davis Cross, *Social Constructivism*, S. 195–209.

³⁷ So existiert anders als zur Europäischen Kommission keine institutionelle Geschichtsschreibung. Besonders die Jahre vor 1979 sind wissenschaftlich kaum ausgeleuchtet. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive nähern sich der Parlamentsgeschichte vor der ersten Direktwahl u. a. Gerhard Brunn: *Das Europäische Parlament auf dem Weg zur ersten Direktwahl 1979*, in: Franz Knipping/Matthias Schönwald (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984*, Trier 2004; und Jürgen Mittag (Hrsg.): *30 Jahre Direktwahlen zum EP (1979–2009). Europawahlen und Europäisches Parlament in der Analyse*, Baden-Baden 2011. Auch die Ausgabe „*L'institutionnalisation du parlement européen*“ der französischen Reihe „*Cultures&Conflicts*“ betrachtet aus soziohistorischer Perspektive den Institutionalisierungsprozess. Aus politik- bzw. sozialwissenschaftlicher Perspektive seien hier die Arbeiten von Berthold Rittberger: *Building Europe's Parliament. Democratic Representation Beyond the Nation State*, Oxford 2005; sowie die Dissertation von Christoph Raiser: *Kompromisse im Europäischen Parlament. Eine kulturosoziologische Analyse von Entscheidungsprozessen in einer supranationalen Institution*, Potsdam 2014 genannt. Raiser setzt

genannten Gründen ist aber eine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Institution für die Charakterisierung von Krisen sowie für die Charakterisierung und Entwicklungsgeschichte des Parlaments bereits vor 1979 gewinnbringend. Die Versammlung machte mit ihrer eigenständigen Umbenennung in „Europäisches Parlament“ 1958 früh ihren Anspruch als supranationale Volksvertretung deutlich. Ihre Kompetenzen wurden jedoch erst ab den frühen 1970er Jahren formell gestärkt. Obwohl als supranationales Organ angelegt, setzte die Versammlung, bzw. das Parlament sich in dieser Zeit noch aus VertreterInnen der nationalen Parlamente zusammen. Das Jahr 1979 mit der ersten Direktwahl des EP stellt insofern eine Zäsur dar, da nun direkt gewählte europäische Parlamentarierinnen und Parlamentariern zusammenkamen, was von zeitgenössischen BeobachterInnen und KommentatorInnen mit großen Erwartungen in Bezug auf das Mächtigkeitsgleichgewicht der europäischen Institutionen verbunden wurde (*siehe* Erster Teil, Kapitel 4).³⁸

Die Grenzen des hier betrachteten Zeitraums sind schwer zu ziehen, weswegen im Rahmen dieser Arbeit für eine Periodisierung entlang der institutionellen Entwicklung des Parlaments plädiert wird. Die europäischen „langen 1970er Jahre“ von Gipfel von Den Hague 1969 bis zur Einheitlichen Europäischen Akte 1986 sind mit Blick auf die Integration im Allgemeinen durch Ambivalenz geprägt, mit Blick auf die Entwicklung des Parlaments von entscheidender Bedeutung.

Hypothesen, Forschungsfragen und Methode

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zur Frage nach Krisenwahrnehmungen und -diskursen in den europäischen langen 1970er Jahren zu leisten. Das heißt, danach zu fragen, wer wann, wie und warum von Krisen gesprochen hat. So kann die Arbeit zugleich dazu beitragen, die unterstellte Krisenhaftigkeit des Jahrzehnts empirisch zu überprüfen und über die generelle Bedeutung von Krisen und Krisendiskursen im Integrationsprozess zu diskutieren. Daneben soll es auch Ziel dieser Arbeit sein, zu

sich mit Kompromissfindungsprozessen im EP auseinander. Ebenfalls zu Kommunikation und Sozialisierungsprozessen im Parlament aus sprachwissenschaftlicher Perspektive siehe Ruth Wodak: >Doing Politics< in the European Parliament, in: Gabriele Clemens (Hrsg.): *The Quest for Europeanization. Interdisciplinary Perspectives on a Multiple Process*, Stuttgart 2017, S. 187–206. In ihrer jüngst veröffentlichten Arbeit betrachtet Ines Soldwisch die institutionelle Entwicklung des Parlaments zwischen 1979 und 2004: *Das Europäische Parlament 1979–2004. Inszenierung, Selbst(er)findung und politisches Handeln der Abgeordneten*, Stuttgart 2021. Auch Mechthild Roos nimmt in ihrer 2021 erschienenen Dissertation die historische Positionierung des Europäischen Parlaments im Rahmen einer europäischen Sozialpolitik auseinander: *The Parliamentary Roots of European Social Policy. Turning Talk into Power*, Cham 2021.

³⁸ Vgl. Jürgen Mittag: Die Politisierung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Anfänge transnationaler Fraktionsbildung im Europäischen Parlament, in: *Journal of European Integration History*, 17 (2011), S. 13–30.